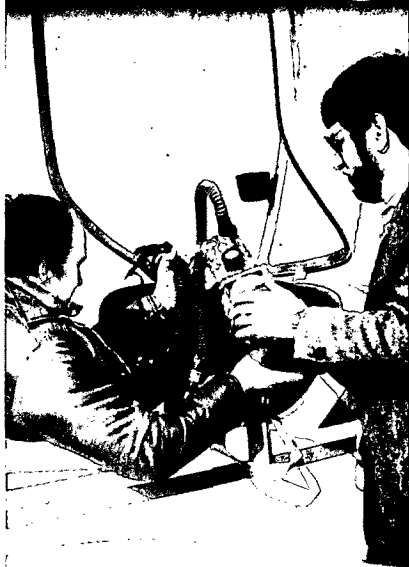


Höhenflug



Dräger hilft atmen

Müdigkeit, Reaktionschwäche, mangelnde Konzentration. Symptome unzureichender Sauerstoffversorgung von Gehirn und Organismus. Hervorgerufen durch sinkenden Luftdruck und Sauerstoff-Partialdruck bei steigender Flughöhe.

Für Höhenflüge ohne Druckkabine sind deshalb Sauerstoffgeräte vom Gesetzgeber vorgeschrieben, z. B. das Kompaktgerät »Oxyport 2000« von Dräger. Außer bei Höhenflügen wird das »Oxyport 2000« verwendet als Atemgerät bei Erste-Hilfe-Einsätzen, bei Krankentransportflügen oder bei einer Vergiftung der Kabinenatmosphäre.

Dräger

Technik für Umwelt und Leben

Medizin-, Atemschutz-, Filter-, Druckgas- und Gasanalysen-Technik. Tauch-, Druckkammer-, Luft- und Raumfahrt-Technik. Drägerwerk AG, 2400 Lübeck 1

P 4143 IGV

ger) mehr Wohnungen und Schulen erhält, die örtliche Partei sich besser um die Beschwerden der Bevölkerung kümmert und die Betriebe die eingeplanten Rohstoffe termingemäß erhalten.

Die meisten Bürger erfahren den Namen ihres Vertreters erst auf dem grünen oder gelben Stimmzettel, der ihnen zwischen sechs Uhr morgens und 22 Uhr abends im Wahllokal gegen Vorlage des Personalausweises ausgehändigt wird.

Sie stecken das Papier wie erhalten in die Wahlurne. Wären sie gegen die Kandidaten, könnten sie den Namen durchstreichen. Wenn jemand die Wahlkabine in der Ecke des feierlich mit Fahnen und Lenin-Büsten geschmückten Raums aufsucht, ist dies für die anwesenden Agitatoren ein sicheres Indiz, daß der Einzelgänger mit der allgemeinen Meinung nicht konform geht.

Manche Wähler nutzen die Gelegenheit, auf dem Stimmzettel Beschwerden zu notieren, die, so ein Gewährsmann, „ernsthaft geprüft“ werden. Ein Fall ist bekanntgeworden: Sowjetbürger Donald Maclean, zuvor britischer Spion, schrieb einmal auf den Stimmzettel: „Solange Mädchen wie Olga Joffe in Heilanstalten festgehalten werden, kann ich an Wahlen nicht teilnehmen.“ Das Mädchen war wegen Verteilung selbstgemachter Flugblätter verhaftet worden.

Damit trotzdem ein Bomben-Wahlergebnis zustande kam, waren wochenlang Agitatoren unterwegs. Zusätzlich lockten am Wahltag Verkaufsstände in manchen Wahllokalen mit schwer erhältlichen Delikatessen und Büchern.

Es ging darum, möglichst schnell gute Ergebnisse zu melden. Wenn ein Bürger zu einer bestimmten Zeit nicht auftauchte, besuchten ihn Helfer mit kleinen Urnen. Kranke durften ihren Ehegatten

mit der Wahl beauftragen, Paß genügte. Auf Flugplätzen standen Urnen, in abgelegene Orte flogen Hubschrauber ein.

Zuweilen kommt es vor, daß mit Erfolgsmeldungen in Verzug geratene Agitatoren stellvertretend für ihre Klientel die Zettel in die Urne befördern. In einem Fall, erinnert sich ein Genosse, habe es danach Ärger gegeben – als der betroffene Bürger doch noch aufkreuzte.

Beim vorigen Mal fand in zwei Moskauer Wahlkreisen Unerhörtes statt: 30 Dissidenten beriefen sich auf das Recht aller gesellschaftlichen Gruppen, Kandidaten vorzuschlagen, und benannten den Nonkonformisten Roy Medwedew. Die Behörden ignorierten den Vorstoß.

Den Zwang zu statistischen Superresultaten nutzte eine ganze Hausgemeinschaft in einem Dorf nördlich von Moskau: dem Wahlgang geschlossen fernbleiben, weil es seit langer Zeit kein warmes Wasser mehr gab. Die aufgeschreckte Staatspartei sorgte für Abhilfe.

POLEN

Politische Leiche

Die Autorität der polnischen KP hat versagt. Um seine Macht zu sichern, setzt Parteichef Jaruzelski auf alte Kameraden – auf das Militär.

Mit der Kommunistischen Partei, fand der General, sei kein Staat mehr zu machen: „Die Bevölkerung hat zur Partei kein Vertrauen mehr.“

Wojciech Jaruzelski, Polens KP- und Regierungschef, lieferte Mitte Februar, auf dem 15. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei (PVAP), seinen Rechenschaftsbericht –



General Jaruzelski bei der Beförderung polnischer Offiziere: „Kalter Staatsstreich“

nicht mehr als eine schmerzhafteste Zustandsbeschreibung: „Es fehlt noch immer ein effektives System, um die Arbeit am Entscheidungsprozeß der Parteiautoritäten teilhaben zu lassen.“

Wie die diskreditierten Genossen das Vertrauen der Polen gewinnen sollen, verriet Jaruzelski nicht. Teilnehmer der Konferenz hatten allerdings den Eindruck, daß ihm die Rettung der Partei nicht sonderlich am Herzen lag: Für politische Wunder ist er nicht zuständig.

Die Bilanz der polnischen KP ist sieben Monate nach Ende des Kriegsrechts niederschmetternd. Von drei Millionen Mitgliedern der Partei haben seit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ rund eine Million ihre Mitgliedsbücher verbrannt – oder sind als „Unzuverlässige“ ausgeschlossen worden.

Zumal Arbeiter verließen die Arbeiterpartei in Scharen: Die Proletarier stellen statt 47 nurmehr 39 Prozent, gestiegen ist hingegen die Zahl der uniformierten Parteigenossen.

Von der „Solidarität“ in den Schatten gestellt, hatte die Partei im Schonraum von Kriegsrecht und Gewerkschaftsverbot vergebens versucht, sich zu regenerieren. Weder ist es den Genossen gelungen, die innen- und außenpolitische Isolation der Partei zu durchbrechen, noch haben sie erfolgversprechende Vorschläge gemacht, die fortdauernde Wirtschaftskrise zu beenden.

Auf dem Parteiplenum gab der von Jaruzelski ins Politbüro gehobene Ökonomie-Professor Tadeusz Porebski in einem Grundsatzreferat zu, daß die „Solidarität“ trotz Verbot und Verfolgung bei Arbeitern, Intellektuellen und der Jugend weitaus beliebter sei als die Partei. Seinen Genossen empfahl er „verstärkte Schulung“.

Jaruzelskis Ersatz-Lösung, die „Patriotische Bewegung der nationalen Erneuerung“ (Pron) – eine polnisch-nationalistische Sammelbewegung von Mitläufern – ist ebenso unpopulär wie die neuen, per Dekret gegründeten Betriebsgewerkschaften.

Zwar zählen diese dank vieler Sozialangebote (Platzvergabe für Ferienheime und Kindergärten, Finanzhilfen beim Wohnungsbau) über drei Millionen Mitglieder, aber ansonsten sind sie im Volk so attraktiv wie eine „politische Leiche“ (Lech Walesa).

Zum Jahresanfang wagte die Regierung nicht, ihre angekündigten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel um 10 bis 15 Prozent mit einem Ruck durchzusetzen. Sie werden nun schrittweise eingeführt. Dasselbe Verfahren verbietet sich für die anstehenden Parlamentswahlen. Sie wurden darum aus Furcht vor einem Fiasko auf unbestimmte Zeit verschoben.

Parteigeneral Jaruzelski kann derweil auch ohne Scheinrepräsentanten herrschen – denn die neuen Stützen der Gesellschaft sind alte Kasino-Kamera-

Vergessen Sie die Haare, die Ihnen ausgefallen sind. Tun Sie etwas für die, die Sie noch haben.



Intensiv-Behandlung gegen vermeidbaren Haarausfall

Ihre Haare können deshalb ausfallen, weil die Haarwurzeln geschwächt sind. Der Organismus führt ihnen nicht mehr die Substanzen zu, die für das Haar lebensnotwendig sind.

Das beste Mittel, den Haarausfall einzuschränken, ist die Stimulierung der Haarwurzeln.

Die Dercap Intensiv-Behandlung gibt den Wurzeln dank eines besonderen Schwefelmoleküls und einer biologisch natürlichen Substanz ihre Kraft wieder.

Aufgrund dieser Doppelwirkung begünstigt Dercap Intensiv-Behandlung die Erhaltung

der Haare: vermindert den übermäßigen Haarausfall, stimuliert das normale Wachstum.

Nach 4 bis 5 Wochen spüren Sie die Wirkung der Behandlung. Die Wirksamkeit der Dercap Intensiv-Behandlung wurde übrigens durch zahlreiche Laborversuche bewiesen.

Dercap Intensiv-Behandlung ist so zusammengesetzt, daß sie sich für jeden Haartyp eignet.

Sie erhalten Dercap Intensiv-Behandlung in Packungen mit 6 oder 12 Ampullen nur in der Apotheke.

DERCAP

VON VICHY
Exklusiv in Ihrer Apotheke.

den. Schon im vorigen Dezember hatte der General die Nation mit einem Bündel von Ermächtigungsvorlagen überzeugt, die sich, so seine Kritiker, zu einem „kalten Staatsstreich“ summieren.

Die mehrheitlich kommunistischen Abgeordneten im Sejm, dem polnischen Parlament, wurden mit der Warnung unter Druck gesetzt, die Regierung könne ohne ausreichende Vollmachten nicht für die Sicherheit des Landes garantieren. Als wolle sie Jaruzelski bestätigen, rief die verbotene „Solidarität“ am 13. Dezember – dem Jahrestag der Kriegsrecht-Proklamation – zu wilden Streiks und Demonstrationen auf.

Innerhalb von zwei Wochen verabschiedete das Parlament eine Reihe von Notstandsgesetzen, die „im Falle einer unmittelbaren Bedrohung der Sicherheit“ nicht von der Regierung oder vom Staatsrat angewandt werden, sondern von einem „Komitee für nationale Verteidigung“ (Kok), einem nun der Regierung übergeordneten Gremium. Mitgliederzahl und politische Zusammensetzung dieses neuen Herrschaftszentrums sind Staatsgeheimnis.

Gleichzeitig trat Jaruzelski in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister zurück – aber nur, um zum Vorsitzenden des Verteidigungskomitees zu avancieren. Neuer Verteidigungsminister wurde Jaruzelskis Intimus und bisheriger Stellvertreter, General Florian Siwicki.

Wenig später ließ Jaruzelski ein „Komitee für öffentliche Ordnung“ gründen: Ihm obliegt die Koordination von Geheimpolizei, Polizei und Milizeinheiten unter Befehl des Innenministers, General Czeslaw Kiszczak. Ähnliche totalstaatliche Vollmachten hat nur das Komitee für Staatssicherheit (KGB) in Moskau.

Wie der Einsatz der regulären Armee bei allfälligen Staatskrisen ablaufen könnte, wurde dann drei Wochen lang im Dezember geprobt: Unter Leitung des Generalinspektors der Territorialverteidigung, General Tuczapski, schwärmten 722 militärische Einheiten aus, um in 237 Städten und 523 Gemeinden den strategisch wichtige Schlüsselpositionen zu besetzen.

In der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ kündigte Tuczapski an, daß paramilitärische Betriebskampfgruppen – ähnlich wie in der DDR – „im Krisenfall ihre eigenen Fabriken verteidigen“ sollen.

Die Militarisierung des polnischen Regimes ist jetzt abgeschlossen. Drei Generale, Jaruzelski, Siwicki und Kiszczak, halten in Polen alle Macht in den Händen. Siwicki kannte den Genossen Jaruzelski schon als Kind. Beider Eltern wurden 1939, nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen, als „klassenfremde Elemente“ mit ihren Familien nach Sibirien deportiert; in der sowjetischen Verbannung sind beide Polen auch aufgewachsen, bevor sie sich – um aus Sibirien herauszukommen – freiwillig zur Roten Armee meldeten. Im Sommer

1968 befehligte Siwicki die polnischen Invasionseinheiten, die auf Weisung Moskaus in die CSSR marschierten.

Wesentliche Schlüsselpositionen im Partei- und Staatsapparat sind inzwischen von Militärs besetzt. Einen der wichtigsten Posten hat Brigadegeneral Tadeusz Diekan: „Leiter der Kaderabteilung des ZK“ – zu deutsch: Personalchef der Partei. Kein Wunder, daß im Kabinett schon sieben Generale sitzen; darunter auf so wichtigen Posten wie dem des Chefs der Regierungskanzlei und dem des Ministers für Bergbau und Energiewirtschaft. Von den 49 Woiwoden (Chefs der Provinzverwaltungen) gehören zehn zum Militär. Auch die 30 größten Industriebetriebe werden von Generaldirektoren in Uniform geführt.



Samba-Tänzerinnen beim Karneval in Rio: „Früher gab es mehr Liebe“

Polnische Statistiker haben ausgerechnet, daß vom Offizierskorps (etwa 36 000 Offiziere) nur noch knapp 30 Prozent bei der Truppe dienen; alle übrigen arbeiten in der Militärverwaltung oder, zweckentfremdet, bei Partei und Staat.

Selbst Arbeiterführer Walesa scheint vom militärischen Jargon schon angesteckt. Auf die Frage nach seiner Lagebeurteilung sagt er: „Wir wandern auf einem Minenfeld. Wenn wir das nicht entschärfen, werden wir in die Luft gejagt.“ Die Bischöfe Polens sehen das anders:

An der straffen Führung durch Marxisten in Uniform haben sie Gefallen gefunden (SPIEGEL 6/1984). Es sei, so heißt es in Warschau, für die Kirchenfürsten sehr viel „angenehmer“, mit „gebildeten Leuten“ zu diskutieren als, wie früher zu Zeiten der „Solidarität“, mit aufgebrauchten Arbeiterführern.

KARNEVAL

Möglichst topless

Der Fasching in Rio, bestaunt von Touristen, ist ein teures Hobby der örtlichen Glücksspiel-Mafia.

Fest der Schwarzen und der Mulatten, der Ärmsten aus den Wellblechslums an Rio de Janeiros steilen Felsabhängen – Karneval in Rio: Touristenfalle, Prominentenauftrieb, vor allem aber ein Gesellschaftsereignis im Halbdunkel des kriminellen „Milieus“ der brasilianischen Metropole.

Der Karnevalsumzug der Samba-Schulen ist zwar ein offizielles Happening, doch die höchsten Subventionen

fließen aus den Kassen der illegalen Glücksspiel-Mafia von Rio: Hier feiert sich das organisierte Verbrechen selbst.

Seine Bosse stehen hinter zehn der 14 größten Samba-Schulen, die den Karnevalsumzug in Rio beschicken. Nur dank der Großzügigkeit der Glücksspiel-Mafiosi lassen sich die bombastischen Kostüme bezahlen, für die jede Schule jährlich mindestens 100 000 Dollar hinblättert: Kreislauf des Kapitals – das Geld selbst stammt aus den Taschen der Beschenkten; denn „Lotterie“ ist illegales Massenvergnügen von Rio.

Beliebtestes Glücksspiel in Rio ist das „Tierspiel“ (Jogo do bicho). Es hat den Bossen den Namen „Bicheros“ verliehen. Er geht zurück auf die (legale) Lotterie eines Grafen, der vor Jahren den Zoo von Rio mit Wettgewinnen zu sanieren suchte.

Die Wetten laufen noch heute auf Tiernamen („Affe“ steht beispielsweise